

atomstopp

atomkraftfrei leben!

1. Quartal 2008 - 32. Jahrgang, Nr. 201

Kehrt Moutovce

nicht unter den Teppich



GLOBAL 2000



380 kV NEIN

Kein ATOMSTROM
durch die
OSTSTEIERMARK
www.380kV-leide.at

NEIN
zu
380 kV-
Leitung

WIR
STERBEN
FÜR
ITALIEN

STOP AKW

Dreierlei ... untrennbar verbunden



Einerlei: In der Slowakei soll das AKW Mochovce – ca. 150 km von Wien entfernt - ausgebaut werden. Zu den zwei bereits betriebenen Blöcken sollen – auf Basis einer Baubewilligung aus dem Jahr 1986 – ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, wie sie auch in einem erweiterten Europa Standard ist, zwei weitere dazukommen.

Die Slowakei braucht den Strom aus Mochovce nicht – laut den Aufzeichnungen der internationalen Organisation „Union for the Co-ordination of transmission system operators in continental Europe“ (www.ucte.org) ist die Slowakei ein Stromexporteur wie die Tschechische Republik.

Zweierlei: Nicht die Slowaken bauen Mochovce aus sondern der italienische Stromkonzern ENEL. Und damit ein Konzern, der mehrheitlich in italienischem Staatsbesitz ist – also den ItalienerInnen, die sich vor genau 20 Jahren in einer Volksabstimmung gegen die Nutzung der Atomenergie ausgesprochen haben. Und der Strom...

Dreierlei: Und der Strom wird über 380 kV-Hochspannungsleitungen durch Österreich hindurch nach Italien transportiert werden.

Gegen Einerlei wehren sich slowakische und österreichische Anti-Atom-Organisationen, gegen Zweierlei wehren sich italienische Umweltgruppen, die die Doppelbö-

digkeit der italienischen Strompolitik ankreiden, gegen Dreierlei wehren sich österreichische Bürgerinitiativen, die vor allem auf die gesundheitlichen Auswirkungen der 380 kV-Hochspannungsleitungen aufmerksam machen!

Diese Ausgabe des atomstopp widmet sich diesem Dreierlei, ergänzt um unsere Positionierung zur Teilprivatisierung der Energie AG: Wir haben keine Angst und fürchten nicht die Konsequenzen - im Gegensatz zu anderen politisch eingefärbten Anti-Atom-Organisationen – uns klar gegen die Teilprivatisierung der Energie AG auszusprechen (S. 6). Angst ist nämlich gerade für Anti-Atom-Organisationen ein schlechter Ratgeber und praktisch die Selbstaufgabe einer NGO als Antreiber der Politik, als Triebfeder für politische Veränderungen.

Ergänzt wird die Ausgabe auch durch eine Einschätzung zur

Atompolitik der EU-Kommission, die scheinbar keine Skrupel mehr hat – auch gegen die Meinung der Öffentlichkeit sich klar und eindeutig für die Atomindustrie stark zu machen (S. 7).

Und Temelin?

Es gibt eine offene Rechnung mit dem AKW Temelin – das wird nicht vergessen! Nach Redaktionschluss dieser Ausgabe des atomstopp hat die letzte Sitzung der Interparlamentarischen Kommission stattgefunden. Und wenn die mit Österreich im Melker Abkommen paktierten Sicherheitsnachrüstungen nicht umgesetzt werden, sind völkerrechtliche Schritte unausweichlich. Im ersten Mitgliederbrief 2008 werden wir jedenfalls ausführlich über unsere weitere Strategie wegen des AKW Temelin berichten.

Mit freundlichen Grüßen
Roland Egger - Obmann

SPENDENGÜTESIEGEL! - Information in eigener Sache

Die sorgfältige und ausschließliche Verwendung der Spendengelder für laufende Projekte ist für unseren Verein selbstverständlich. Wir scheuen uns auch nicht, alle Mitteleinnahmen und die Mittelverwendung öffentlich und transparent zu machen. Auf unserer Homepage sind die für das Jahr 2006 erhobenen Daten abrufbar. Die Mitteleinnahmen/Mittelverwendung wurden von einer Wirtschaftsprüferin im Herbst 2007 kontrolliert und unser Ansuchen um Erteilung des offiziellen Spendengütesiegels unterstützt.

Somit haben Sie die Gewissheit: Die Verwendung der Spendengelder folgt nach strengen Kriterien! Die Spendengelder werden ausschließlich für die laufenden Projekte und im Sinne unseres Vereinszwecks – den Ausstieg Europas aus jedweder Nutzung der Atomenergie - verwendet!

An dieser Stelle bedanken wir uns auch herzlich bei allen, die uns schon bisher durch Ihre Spenden unterstützt haben!

DANKE für Ihre Unterstützung!



GLOBAL 2000, atomstopp_oberoesterreich, die Wiener Plattform für eine atomkraftfreie Zukunft und die Bürgerinitiative gegen die geplante 380 kV-Leitung in der Oststeiermark appellierten mit einer Protestaktion am 24. Oktober 2007 am Ballhausplatz in Wien an die Politik: „Die Bundesregierung darf das Sicherheitsrisiko Mochovce nicht unter den Teppich kehren!“

Blamabel für die Bundespolitik!

Haarsträubend und blamabel für die Bundespolitik ist deren Schweigen zu den Ausbauplänen von Mochovce! Die wichtigsten formalen Schritte zum Bau der hochriskanten Reaktoren will die slowakische Regierung bereits bis Ende des Jahres 2007 durchpeitschen. Dazu gehört die Anzeige des Bauvorhabens bei der EU-Kommission sowie die Baugenehmigung und Sicherheitsdokumentation von der slowakischen Aufsichtsbehörde.

Mochovce-Aktionsplan!

Forderungen an Bundeskanzler Gusenbauer und Umweltminister Pröll

Trotz des dringenden Handlungsbedarfes gibt es von der österreichischen Bundesregierung zu den Ausbauplänen bis dato keine Stellungnahme. Von Bundeskanzler Gusenbauer und Umweltminister Pröll wird umgehend ein Mochovce-Aktionsplan erwartet. Dieser muss jedenfalls als Sofort-Maßnahme ein klares politisches Signal an die slowakische Regierung enthalten und die klare Positionierung Österreichs bei der EU-Kommission:

Österreich darf nicht zusehen, wie ein Reaktor der siebziger Jahre mit dem niedrigst möglichen Sicherheitsstandard fertig gebaut wird!



Wir müssen verhindern, dass Bundeskanzler Gusenbauer und Umweltminister Pröll Mochovce unter den Teppich kehren!



Bedrohung Mochovce: Nicht wegschauen!



DI Friedrich Witzany und Gabriele Schweiger – Vorkämpfer gegen grenznahe Atomanlagen!



atomstopp und Vertreter der Bürgerinitiative gegen die 380 kV-Leitung vor dem italienischen Honorarkonsulat in Graz (8. November 2007)

atomstopp_atomkraftfrei leben! und die Bürgerinitiative gegen die 380 kV-Leitung beteiligten sich am internationalen Protesttag (8. November) gegen die Atomgeschäfte des italienischen Stromkonzerns ENEL und demonstrierten vor dem italienischen Honorarkonsulat in Graz. Zeitgleiche Aktionen fanden in Rom, Wien, Zagreb, Berlin, Helsinki und Sofia statt.

NEIN zum AUSBAU von MOCHOVCE! NEIN ZU 380 kV-LEITUNG

An den italienischen Honorarkonsul in Graz wurde ein Offener Brief geschickt, mit der Bitte seine Kontakte zu nutzen und die Sicherheitsbedenken wegen Mochovce zu deponieren und auf den Widerstand der ÖsterreicherInnen gegen den Atomstromtransit über die 380 kV-Leitung aufmerksam zu machen! (Abdruck auszugsweise).

Sehr geehrter Herr Honorarkonsul,

heute (8.11.1987) vor 20 Jahren haben sich die ItalienerInnen in einer Volksabstimmung mit über 70% gegen die weitere Nutzung der Atomenergie ausgesprochen. Unmittelbarer Anlass war der SuperGAU von Tschernobyl! Das „JA“ der Italiene-

rInnen zum Atomausstieg bedeutete faktisch auch, dass sich der staatliche Energiekonzern ENEL aus allen Atomgeschäften zurückziehen hatte. Mehr als 30% an ENEL sind auch heute noch im italienischen Staatsbesitz.

Nichtsdestotrotz ist ENEL drauf und dran, Atomanlagen in der Slowakei (Mochovce) und in Bulgarien (Beleene) zu finanzieren. Die Übernahme der slowakischen Elektrizitätswerke 2006 erfolgte quasi unter der „Auf-
lage“, die Atomreaktoren in Mochovce fertigzubauen! Und ENEL erklärte sich damit einverstanden – schließlich kann der Atomstrom aus Mochovce auch auf dem italienischen Markt seinen Absatz finden. Österreich wird zum Atomstromtransit-Land degradiert!

Der Ausbau von Mochovce 3 und 4 durch die italienische ENEL wird die ÖsterreicherInnen massiv betreffen:

1. durch das atomare Risiko jeder Atomanlage – Mochovce ist ca. 150 km von Wien entfernt! 2. zusätzlich verschärft wird das atomare Risiko durch Mochovce, weil es sich bei den geplanten Atomreaktoren um eine sowjetrussische Technologie aus den 70er-Jahren handelt, keine Schutzhülle (Containment) vorgesehen ist und sich die slowakischen Behörden auf eine Baugenehmigung aus dem Jahr 1986 berufen – eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung war und ist nicht vorgesehen!

Italien verlagert sein atomares Risiko in die Slowakei!

Österreich wird durch den Ausbau von Mochovce massiv gefährdet!

Und der Strom aus dem Sicherheitsrisiko Mochovce wird dann noch durch Österreich nach Italien transportiert!

Appell von Karl Zotter (Bürgerinitiative gegen 380 kV-Leitung, Pischelsdorf):

Die Atomstromgegner Österreichs und die Gegner der 380 kV-Leitung haben das gleiche Ziel:

Wir wollen unbedingt den weiteren Ausbau von Atomkraftwerken verhindern. Ob Mochovce weiter ausgebaut wird, hängt sehr davon ab, ob wir den Bau der 380 kV-Leitung verhindern können.

Denn diese Leitung ist für den Atomstromtransit nach Italien unbedingt erforderlich. Deshalb ersuche ich alle Atomstromgegner Österreichs alle Kraft und Möglichkeiten aufzuwenden, um gemeinsam den Bau dieser Leitung noch in letzter Minute zu verhindern. Verhindert kann diese Leitung nur mehr auf politischem Wege werden. Wenn wir nicht einen großen Teil der Bevölkerung hinter uns versammeln können, können wir nicht genug Druck auf die Politiker ausüben. Wir müssen es schaffen, dass die Medien darüber berichten. Kämpfen wir bitte weiterhin gemeinsam gegen die Atomlobby!

Widerstand seit 1988

Die „Bürgerinitiative gegen die 380 KV-Leitung durch die Oststeiermark“ leistet seit 1988 Widerstand gegen die Errichtung einer neuen Hochspannungsleitung zwischen Rotenturm im Südburgenland und Zwaring im Murtal südlich von Graz. Bereits seit 1984 betreibt die VERBUND AG dieses Projekt. Die Versorgungssicherheit in der Steiermark soll damit erhöht werden. Ein Argument, das von den GegnerInnen der 380 kV-Leitung massiv angezweifelt wird: denn die Übertragungskapazitäten durch den Bau der 380 KV-Leitung betragen das 6-12-fache des Stromverbrauchs in der Steiermark! Es soll ein Stück Infrastruktur für den europäischen Stromtransit entstehen – eine wirtschaftliche Lebensader für Atom- und Kohlekraftwerke, die nur mangelhaft europäischen Umweltstandards entsprechen.

Und die GegnerInnen halten der Verbund AG entgegen: Die 380 kV-Leitung ist energiewirtschaftlich nicht notwendig. Der steigende Stromverbrauch in der Steiermark kann aus erneuerbaren Energiequellen wie Solarkraft, Biomasse und Windkraft abgedeckt werden. Für den Transport sind keine überdimensionierten Hochspannungsleitungen notwendig.

Wertschöpfung muss im Inland bleiben!

Verbleibt die Stromproduktion hingegen im Land, kommt auch die

se Wirtschaftsleistung dem Land zugute. Der Ausbau erneuerbarer Energiequellen garantiert, dass die Wirtschaftsleistung in der Region gebunden ist. Die Stromleitungen würden in ihrer Länge und Kapazität dem Bedarf der nah gelegenen Abnehmer entsprechen. Und eine regionale autarke Energieversorgung garantiert auch künftige Unabhängigkeit vom Weltmarkt.

Das heißt, der Bau einer 380 kV-Leitung folgt den Interessen der Atomindustrie und der Großkonzerne, die aus dem Stromhandel Profite erwirtschaften. Die Menschen in der Region selbst erzielen daraus keinerlei Vorteile!

Verbund-Argumente wie zu Zeiten von Zwentendorf!!

Die Werbebotschaften der Verbund AG, wonach in der Steiermark bald das Licht ausgehen wird, werden seit bald 15 Jahren getrommelt. Demnach hätte es schon in den 90er Jahren finster werden müssen. Und in all den 20 Jahren des Widerstands kam es NIE zu Stromabschaltungen wegen Stromknappheit! Trotzdem folgten dem Schreck-Argument – LICHT AUS! – die zuständigen Instanzen und auch der Umweltsenat gab nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung „Grünes Licht“ für den Bau der 380 kV-Leitung. Seit Oktober 2007 wird an der Leitung gebaut ... die ersten Bäume geschlägert.

Widerstand geht weiter!

Wer nicht freiwillig auf seinen Grund und Boden verzichtet, wird von der Verbund AG enteignet. Auch eine Biobäurin – 8fache Mutter und Witwe ist unter den Enteigneten! 13 Gemeinden und Privatpersonen haben Einspruch beim Verwaltungsgerichtshof gegen die 380 kV-Leitung eingebracht.

Quelle: www.380kV-ade.at, Informationen von Herrn Karl Zotter



Gemeinden wehren sich seit Jahren ...



... gegen den Bau der 380 kV-Leitung!



Hunderte Demonstranten und Anti-Atom-Organisationen bei der Straßensperre der B54 am 9. November in Pischelsdorf

Roland Egger, Sprecher der Initiative „atomstopp – atomkraftfrei leben“, in seiner Rolle als Vorkämpfer gegen den Atommeiler Temelin.



Foto: nabra

„Nuklearkonzernen darf die Tür nicht aufgemacht werden“:

Atomstopp-Spitze unterschrieb gegen Energie AG-Börsegang!

Die von der Landes-SP gestartete Unterschriftensammlung zur Einleitung einer Bürgerbefragung über den Teil-Börsegang der landeseigenen Energie AG hat prominente Unterstützer bekommen: Der Vorstand der Temelin-Gegner-Formierung „atomstopp – atomkraftfrei leben“ hat kürzlich geschlossen unterschrieben.

„Wir können nicht einfach hinnehmen, dass durch den geplanten Börsegang den Atomstromkonzernen möglicherweise eine Tür nach Oberösterreich aufgemacht wird“, so Roland Egger, Obmann von „atom-

stopp – atomkraftfrei leben“ und einer der Sprecher des Widerstands gegen Temelin. Daher habe der Vorstand geschlossen auf den Gemeindeämtern gegen den geplanten Börsegang der Energie AG unterschrieben.

NEGATIVBEISPIELE!

Atomkonzerne beteiligt bei österreichischen Energieversorgern!

Der französische Atomstromkonzern EdF hat sich 1996 in der Steiermark eingekauft – und zwar zu 25% an der STEWEAG/STEG beteiligt. Der deutsche Atomstromkonzern RWE 2001 in Kärnten – zu 49% an der KELAG. Der deutsche Atomstromkonzern EnBW 2006 in Niederösterreich – zu 35% an der EVN.

Und wer steigt in OÖ ein? Der deutsche Atomstromkonzern E.ON oder der Temelin-Betreiber CEZ?

Quellen: Greenpeace, STEWEAG/STEG, KELAG, EVN

Zugleich wird ein „parteiunabhängiges atomstopp-Personenkomitee“ gegründet; die Anti-Atom-Vorkämpfer Mathilde Halla und Friedrich Witzany tun dabei schon mit, „gegen den Börsegang der Energie AG zu mobilisieren – völlig abseits von Parteiinteressen“, wie beteuert wird.

„Mit der durch den Börsegang ermöglichten Beteiligung von Atomstromkonzernen an der Energie AG steht der Ruf des Landes Oberösterreich als Vorzeigebundesland im Atom-Widerstand auf dem Spiel, und das wird nicht unwidersprochen hingenommen“, sagt Roland Egger. Furcht, nun als „Beiwager!“ der SPÖ abgestempelt zu werden, hat er nicht: „Die SPÖ greift mit ihrer Kampagne nur auf, was schon lange unsere Linie im Kampf gegen Atomkraft ist“, so Egger.

ooe@kronenzeitung.at

Hans-Jörg Horky – Obmann-Stellvertreter – zur Teilprivatisierung der Energie AG:

Nach Diskussionen mit Mitgliedern und im Vorstand greifen wir als Verein ein Thema auf, das bereits von einer politischen Partei besetzt wird. Ein Umstand, den wir grundsätzlich heikel finden – könnte man uns damit doch nachsagen, unsere Überparteilichkeit zu verlassen. Die Beweggründe, uns klar für ein „NEIN zum Börsegang der Energie AG“ zu positionieren, sind folgende: Wir sind als Befürworter eines atomkraftfreien Lebens darauf bedacht, dass alle Randbedingungen unseres täglichen Lebens auch atomkraftfrei bleiben.

Unsere Befürchtungen gehen dahin, dass sich ein börsennotiertes Unternehmen, marktwirtschaftlichen Regeln, die nun einmal im freien Europa herrschen, unterwerfen muss.

Allen Versprechen und politischen Beteuerungen zum Trotz werden die Mechanismen des freien Marktes wirken und sich möglicherweise auch Atomkonzerne in Oberösterreich einkaufen, sich an der gesunden Energie AG stärken. Wenn nicht unmittelbar und sofort, dann eben zeitverzögert und möglicherweise zu einem Zeitpunkt, bei dem die jetzigen PRO-Energie AG-Börsegänger nicht mehr in der politischen Verantwortung sind – also jenseits der aktuellen Legislaturperiode.

Der Kampf gegen Atomkraftwerke, -mülllager und -bomben ist einer, der immer auch im Zeichen der Betrachtung nachhaltiger Wirkungen von Handlungen in Wirtschaft und Politik steht. Unsere Überlegungen dürfen daher nicht von der Kurzfristigkeit der Legislaturperioden geprägt werden.

Hans-Jörg Horky

EU-Kommission macht keinen Hehl mehr: Sie ist für Atomenergie!

Die EU-Kommission gefällt sich zusehends besser und besser auf ihrem Atomkurs und macht sich – auch unter dem Vorwand „Es müssen Maßnahmen gegen den Klimawandel in Europa gesetzt werden“ – zur Handlangerin der Atomlobby. Imagemaßnahmen für die Atomindustrie sind dabei inklusive!

Im Jahr 2005 schreibt die Europäische Kommission in ihrem „Report on the Green Paper on Energy“, sie habe eine neutrale Sicht, was die Atomenergie betrifft. Aber noch im selben Absatz schreibt sie, nur mit einem hohem Sicherheitsniveau und einem sicheren Management des Atommülls können „wir“ hoffen, dass die Atomenergie stärker akzeptiert wird. Neutral sein und hoffen, dass die Atomenergie mehr Akzeptanz findet? Wie passt das zusammen?

Im November 2005 setzte die Kommission gleich noch eins drauf, um ihre neutrale Haltung zur Atomenergie weiter zu konterkarieren und kündigte eine Public-Private-Partnership an, mit der die **EU-Forschung zum Thema Atommüll** konzentriert werden soll, finanziell ausgestattet mit mindestens 80 Millionen € aus dem EURATOM-Forschungsbudget und dem gemeinsamen Forschungszentrum.

Imagemaßnahmen inklusive!

Schon das **Nukleärpaket** aus dem Jahr 2002 (Richtlinienvorschläge der Kommission zur Sicherheit von Nuklearanlagen und zur Entsorgung von hochradioaktiven Abfällen) hätte ebenfalls den Sinn gehabt, eine breitere Akzeptanz und positives Image für die Atomindustrie zu bringen – zumindest durch den Verweis, dass die Sicherheit von AKWs und die Abfallentsorgung nun ja europäisch gelöst sei. Wegen des Widerstands von Atomstaaten, die keinerlei Kompetenzen in Fragen der Atomsicherheit an die EU-Kommission abgeben wollten, liegt das Nukleärpaket seit 2004 auf Eis.

Der neue Vorstoß der EU-Kommission ist die im Juli 2007 angekündigte „**Hochrangige Gruppe für nukleare Sicherheit und Abfallentsorgung**“, in der VertreterInnen der nationalen Atomaufsichtsbehörden oder Sicherheitsbehörden über gemeinsam anwendbare Sicherheitsstandards und die Entsorgung von Atommüll beraten werden. Den EuropäerInnen soll damit wohl das Gefühl gegeben werden, es werde an der Sicherheit von Atomanlagen gearbeitet, das Problem mit dem Atommüll werde man in den Griff bekommen – also ganz im Sinne der EU-Kommission und der Atomlobby. Ob faktisch „höhere“ Sicherheitsstandards für Atomanlagen festgelegt werden können oder gar eine Nivellierung nach unten (auf den kleinsten gemeinsamen Nenner!) droht, werden die Arbeiten in der hochrangigen Gruppe zeigen. Die erste Sitzung dazu fand am 12. Oktober 2007 in Brüssel statt.

Schlag auf Schlag ging es jedenfalls schon im Vorfeld dieser Sitzung – und die Kommission ließ keine Gelegenheit aus, um ihre Stimme für die Atomkraft zu erheben, sei es EU-Energiekommissar Piebalgs, der bei einer Gedenkveranstaltung für die frühere EU-Energiekommissarin Loyola de Palacio Anfang Ok-

ttober 2007 „Mut fordert, das Thema zu diskutieren“, oder die EU-Wettbewerbskommissarin Kroes, die beim gleichen Anlass meinte, sie sei „vollständig für Atomenergie“. Dass just eine Woche vorher die Europäische Kommission die Beschwerde von Produzenten von Erneuerbaren Energien wegen der Exportgarantie der französischen Regierung für das finnische AKW Olkiluoto ablehnte, ist nur ein weiteres faktisches Indiz für die pro-atomare Jubel-Stimmung in der EU-Kommission. Deren Präsident Barroso wird auch nicht müde, zum wiederholten Male zu sagen, die EU könne die nukleare Option nicht ignorieren, wenn sie ihre Klimaziele erfüllen wolle.

EuropäerInnen sind mehrheitlich gegen Atomenergie

Ganz anders sehen das aber die BürgerInnen: Auch wenn 90 % der EuropäerInnen über die Auswirkungen des Klimawandels (laut Umfrage der EU-Kommission vom Feber 2007) besorgt sind, ist für eine große Mehrheit der Befragten ein Ausbau der Atomenergie keine zielführende Maßnahme gegen den Klimawandel. 61 % sind der Ansicht, der Anteil der Atomkraft in der EU solle aufgrund der Gefahr von Unfällen und des ungelösten Abfallproblems zurückgehen. Selbst in Frankreich – das zu fast 80 % seine Elektrizität aus Atomkraftwerken bezieht – will eine Mehrheit von 59 % eine Reduktion des Anteils an Atomenergie. Das Ergebnis unterstreicht eine Umfrage der EU-Kommission aus dem Jahr 2006: Nur 20 % der EuropäerInnen sind vorbehaltlos für die Nutzung der Atomenergie, 37 % sind dagegen. In sieben Staaten der EU ist eine absolute Mehrheit der Bevölkerung gegen die Nutzung der Atomenergie.

Der EU-Kommission mag der Vorstoß des **österreichischen Umweltministers Josef Pröll** nicht ins Konzept passen: Jedenfalls hat sich auf seine Initiative hin eine Gruppe von acht Ländern (Österreich, Deutschland, Lettland, Irland, Norwegen, Island, Italien, Luxemburg) in Wien zusammengefunden und sie legten Anfang Oktober 2007 ua ihren Standpunkt klar, dass Atomkraft nicht mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung vereinbar ist, und sie betonten ihre Überzeugung, dass Atomkraft keine sinnvolle Option für die Bekämpfung des Klimawandels darstellt. ■

Roland Egger

Der Artikel ist im Magazin zur EU-Umweltpolitik 11/07 – EU-Umweltbüro im Umweltdachverband erschienen. Artikel zu „Österreich muss RAUS aus EURATOM“ (03/07) auf Anfrage über unser Büro erhältlich.

Offene Rechnung mit Temelin

- Melker Abkommen aus dem Jahr 2001 immer noch nicht vollständig umgesetzt!
- Entscheidende Sitzung der Interparlamentarischen Temelin-Kommission am 17. Dezember in Budweis
- Welche weiteren Aktionen müssen folgen?



Grenzblockade Wullowitz 2001



Grenzblockade Guglwald 2007

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: *atomstopp_atomkraftfrei leben!*
Für den Inhalt verantwortlich: Roland Egger, Layout und grafische Umsetzung: Jakob Reimer,
Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275 | Fax: (0732) 785602
Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at, eMail: post@atomstopp.at
Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377
Druck: Plöchl Druck GmH, 4240 Freistadt Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M

